

Antrag

der Fraktion der CDU

Berlin auf einen No-deal-Brexit vorbereiten!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich intensiv auf einen *No-deal-Brexit* vorzubereiten.

Der Senat soll Strukturen schaffen, um kurzfristig direkt handeln und reagieren zu können. Dazu gehört es, einen zentralen Ansprechpartner für die Berliner Wirtschaft zu etablieren, der unbürokratisch und schnell auftretende Probleme lösen kann. Dieser Ansprechpartner soll weitreichend bekannt gemacht werden.

Ebenfalls gilt es die Berliner Wirtschaft auf zu erwartende Zollbeschränkungen vorzubereiten. Dafür gilt es zum Beispiel auch britische Vorprodukte zu identifizieren, die für die Berliner Wirtschaft von Bedeutung sind und diese für eine vereinfachte Zollabfertigung vorzubereiten.

Der Senat soll durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft Finanzmittel bereithalten, um eventuell durch einen ungeregelten Brexit in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Berliner Unternehmen kurzfristig finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Der Senat soll durch die Senatsverwaltung für Soziales Vorsorge treffen, um den in Berlin lebenden Beziehern britischer Renten oder anderer sozialer Leistungen beratend und unterstützend zur Seite zu stehen. Dafür soll die zuständige Senatsverwaltung eine Liste in Frage kommender sozialer Sicherungssysteme erstellen, die durch einen ungeregelten Brexit betroffen sein könnten.

Darüber hinaus soll der Senat alle technischen und personellen Voraussetzungen schaffen, um kurzfristig Visa und Aufenthaltserlaubnisse für Geschäftsreisende, Touristen, Kultur- und Medienschaffende, Wissenschaftler und britische Studierende sowie für dauerhaft in Berlin lebende britische Staatsbürger zu erteilen.

Der Senat soll bis zum 15. März 2019 berichten.

Begründung

Der Ausgang des Brexit ist offen.

Trotz des berühmten britischen *Common Sense* sind unkalkulierbare Szenarien wie ein ungeregelter Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union denkbar. Darauf gilt es nicht nur die in Berlin lebenden 18.000 britischen Staatsbürger umfassend vorzubereiten, sondern auch die Berliner Wirtschaft, die angesichts eines Handelsvolumens von fast 1,2 Milliarden mit dem Vereinigten Königreich von einem ungeregelten Austritt der Briten massiv betroffen wäre.

Berlin, 12. Februar 2019

Dregger Gräff Jupe
und die übrigen Mitglieder
der CDU-Fraktion